

Ändert sich etwas in den Spielzeugfabriken?

Übersicht:

1. Einleitung
2. Die Probleme in chinesischen Spielzeugfabriken
3. Das Verhalten der Marktteilnehmer
4. Ein Umdenken ist nötig
5. Resultate der Umfrage 2006
6. Interpretation der Resultate
7. Schlussfolgerung
8. Empfehlungen
9. Annex: Bewertungskriterien zur Erhebung 2006

Zusammenfassung:

Seit Jahren sind die Probleme in den Spielwarenfabriken bekannt: tiefe Löhne, erzwungene Überstunden, Unterdrückung der Organisationsfreiheit. Als sich vor einem Jahr eine Koalition von Schweizer Nichtregierungsorganisationen (NGO)¹ zusammenschloss, erweckte die Schweizer Branche aus der Lethargie. Erstmals wurde ein ernsthafter Dialog zwischen Firmen und NGO gestartet. Der vorliegende Bericht fasst den Stand der Diskussionen zusammen und gibt einen Überblick dazu, was bisher gemacht wurde, um die Probleme in den Fabriken zu beheben.

Wir stellen fest, dass die Mehrheit der Branche die Probleme erkannt hat. Einig sind sich alle involvierten Kreise darin, dass weltweit erst wenig dagegen gemacht wurde. Wegen bestehenden Differenzen bei den gewählten sozialen Mindeststandards von Detailhandel und Markenfirmen werden die Bemühungen der verschiedenen Akteure aber noch gegenseitig blockiert. Die NGO-Koalition ist überzeugt, dass alle Akteure in der Branche die Kernkonventionen der Internationalen Arbeitsorganisation der UNO (ILO) und einen Existenz sichernden Lohn anerkennen und umsetzen sollten.

Um den Beschäftigten zu ihrem Recht zu verhelfen schlägt die Spielzeug-Koalition vor, dass die Unternehmen ein Trainingsprogramm zur Arbeitssicherheit, den Arbeitsrechten und Kollektivverhandlungen starten. Erste positive Reaktionen aus der Branche sind bereits eingetroffen und werden nun von der Koalition weiterverfolgt. Daher besteht die Hoffnung, dass im nächsten Jahr über konkrete Massnahmen berichtet werden kann. Hoffnungslose Fälle sind bisher einzig Sombro und Toys R Us: Sie ignorieren bisher die Probleme und reagieren nicht auf Anfragen. Sie erwecken den Eindruck, dass sie vor den Missständen in den Fabriken bereits kapituliert haben.

¹ Die Erklärung von Bern (EvB), die Fédération romande des consommateurs FRC, die Gesellschaft Schweizerisch-Tibetische Freundschaft GSTF, die Arbeitsgruppe Basel von terre des hommes schweiz sowie die Stiftung für Konsumentenschutz SKS haben sich zur Spielzeug-Koalition zusammengeschlossen (Forderungen: www.evb.ch/toys).

1. Einleitung

Wer einen Blick in eine chinesische Spielzeugfabrik wirft, stellt meist Erschreckendes fest. Im laufenden Jahr machte beispielsweise Disney negative Schlagzeilen wegen den Verstümmelungen der Hände vieler Beschäftigter in einer chinesischen Comic-Fabrik. Dass immer neue Skandalfälle aufgedeckt werden, erstaunt wenig. Denn bis vor einem Jahr hat sich der Schweizer Spielwarenhandel kaum um diese Probleme gekümmert. „Die Branche wurde durch die Schweizer Spielzeug-Koalition wachgerüttelt“, mussten selbst Vertreter der Unternehmen einräumen.

Seit Februar 2006 stehen die wichtigsten Branchenvertreter im Dialog mit der Schweizer Spielzeug-Koalition, welcher neben der Erklärung von Bern (EvB), die Fédération romande des cosmoteurs FRC, die Gesellschaft Schweizerisch-Tibetische Freundschaft GSTF, die Arbeitsgruppe Basel von terre des hommes schweiz sowie die Stiftung für Konsumentenschutz SKS angehören. Die NGO sind überzeugt, dass alle Marktteilnehmer, die Spielwaren aus Ostasien importieren, ihren Teil der Verantwortung tragen müssen. Mit ihrem Forderungskatalog hat die Spielzeug-Koalition aufgezeigt, wie ein pro-aktives Vorgehen der Unternehmen aussehen könnte (siehe unter; www.evb.ch/toys).

Die Spielzeug-Koalition fordert die Firmen einerseits auf, ihre Standards und deren Umsetzung internationalen Mindestnormen und den Erfahrungen aus anderen Branchen anzugleichen. Andererseits sollten die Firmen mit konkreten Projekten zusammen mit lokalen Organisationen beginnen, die Angestellten in den Fabriken zu ermächtigen, selber für ihre Rechte einzutreten.

Im Sommer 2006 wurde den wichtigsten Spielzeugfirmen im Schweizer Markt die Möglichkeit gegeben, über ihre Massnahmen zu berichten. Die Firmen konnten dazu einen Fragebogen ausfüllen und die gemachten Aussagen mit Dokumenten aus ihren internen Unterlagen (Kopien in anonymisierter Form falls gewünscht) dokumentieren. Die Resultate daraus und die ersten Folgerungen wurden am 31. Oktober 2006 mit 27 Vertretern von den Firmen und den NGO diskutiert. Dabei unterbreitete die NGO-Koalition einen Vorschlag für ein Trainingsprogramm, zu dem die Firmenvertreter gebeten wurden, noch in diesem Jahr Stellung zu nehmen.

2. Die Probleme in chinesischen Spielzeugfabriken

Über eine Million Menschen fabrizieren in China Spielwaren für den Weltmarkt. Auch in der Schweiz kommen acht von zehn Spielsachen von dort. Getrennt von ihren Kindern und ihrer Familie fristen die Beschäftigten ein tristes Fabrikleben ohne Abwechslung. Sie schlafen oft in Massenunterkünften und bleiben nur wenige Jahre in der Fabrik. Sie stammen oft aus entlegenen Regionen und leisten Arbeit auf Abruf. Darum erhalten sie oft keine Altersvorsorge und müssen für ihre Krankheits- und Unfallkosten selber aufkommen. Als willige und billige Arbeitskräfte setzen die meist jungen Frauen selbst ihre Gesundheit aufs Spiel: giftige Dämpfe, süchtig machende Lösungen und gefährliche Maschinen prägen den Arbeitsalltag in der Fabrik.

Ausführlich wurden die bestehenden Probleme in verschiedenen Berichten dokumentiert (siehe Medienmitteilung vom 5.12.2005). Die Vertreter der Unternehmen haben im Dialog zugestanden, dass es in China viele Probleme gibt:

- Oft wird selbst der gesetzliche Mindestlohn nicht ausbezahlt. Trotzdem sind in Südchina die durchschnittlichen Löhne etwas gestiegen. Überstunden werden nicht zusätzlich vergütet und Sozialversicherungsbeiträge oft nicht einbezahlt.
- 60-Stunden-Wochen sind eher die Regel denn eine ausserordentliche Massnahme. Häufig wird an sieben Tagen in der Woche gearbeitet; oft mehr als 84 Stunden pro Woche. Die Überzeit ist nicht immer freiwillig.
- Obwohl sich China, als Mitglied der ILO dazu verpflichtet hat, das Recht auf Organisationsfreiheit und kollektive Verhandlungen zu gewähren, werden die Beschäftigten daran gehindert, ihre Gewerkschaftsvertreter frei zu wählen.
- Weil oft über lange Perioden hinweg gar keine Löhne bezahlt werden und sogar Kauttionen verlangt werden, kommt es in China jährlich zu zehntausenden von wilden, nicht organisierten Streiks in Fabriken.
- Die meist einfache Handarbeit wird von ungelerten Arbeitskräften und Wanderarbeiterinnen verrichtet, die ihre Arbeitsrechte nicht kennen. Ein nicht unbedeutender Anteil sind Personen, die unter der 1-Kind-Politik keinen Anspruch auf eine Schulbildung erhalten haben (wenn sie als 2. oder 3. Kind geboren wurden; Kinderarbeit gibt es in den Spielzeugfabriken aber kaum).
- Diskriminierung ist meist gegen junge Frauen gerichtet und zeigt sich in der Behandlung durch Vorgesetzte und bei der Anstellung. Diskriminierung aus religiösen oder rassistischen Gründen gibt es in den Spielzeugfabriken kaum.
- Das Personal wird weder über die Gefahren noch über Notfallpläne informiert. Die Sicherheitsvorschriften werden oft missachtet und der Umgang mit giftigen Lacken und Klebstoffen macht die Menschen bei schlechter Lüftung krank.
- Der nachlässige Umgang mit Farben, Kunststoffen und Lösungsmittel belastet die Umwelt (Abwasser und Luftverschmutzung). Im Pearl River Delta ist das Trinkwasser zum Teil mit Schwermetallen aus den Industrien verseucht.
- In 10 von 11 Fabriken werden die chinesischen Arbeitsgesetzte missachtet, obwohl dies gemäss dem sozialen Verhaltenskodex der Firmen untersagt ist.

3. Das Verhalten der Marktteilnehmer

Die bekannten Markenfirmen Mattel (Barbie) und Hasbro (Action Man) sind die zwei Branchenführer. Ebenfalls beträchtliche Marktanteile haben in der Schweiz Lego (Bauklötze), Playmobil (Plastikfiguren) und die Ravensburger Gruppe (Brettspiele und Puzzles), die alle drei einen wesentlichen Teil der Produktion in Europa fertigen lassen. Zusammen mit Carletto, Simba und Waldmeier weisen die acht Marktführer in der Schweiz einen Anteil von knapp 60 Prozent auf. Daneben gibt es Duzende kleiner Anbieter. Eine wachsende Bedeutung erhalten auch in der Spielzeugbranche die grossen Elektronik Hersteller (Sony, Mediamarkt, Microsoft, etc.).

Der Spielwarenmarkt setzt in der Schweiz jährlich rund 600 Millionen Franken um. Daran macht der Elektronikanteil, der ebenfalls mehrheitlich aus China stammt, etwa einen Drittel (229,2 Mio. Fr.) aus. Die drei grössten Anbieter im Detailhandel (Migros, Manor, Coop) halten inzwischen über 60 Prozent Marktanteil. Dieser Anteil hat sich in den letzten 15 Jahren etwa verdoppelt. Den Rest (rund 40%) machen kleine Anbieter mit zusammen rund 2000 Verkaufsstellen aus. Abgesehen von Franz Carl

Weber und Toys R Us sind dies meist kleinere, lokale Geschäfte. Ausserdem wird ein Teil der Spielwaren über eine Vielzahl Kioske, Tankstellen oder Boutiquen verkauft.

Ausser den Plastikwaren-Herstellern Lego und Playmobil besitzen die Handelsfirmen in den wenigsten Fällen eigene Fabriken. Sie haben ihre Lieferanten, die ihrerseits oft in kleineren Fabrikationsbetrieben produzieren lassen. Über die Herkunft der Waren herrscht deshalb wenig Transparenz und die Konsumierenden erhalten keine Informationen über Herkunft und Produktionsbedingungen. Am Schluss steht dann bei 80 Prozent aller Spielwaren nur noch „Made in China“ drauf.

Es gibt wenig dauerhafte Geschäftskontakte. In der Weihnachtssaison wird über die Hälfte des Umsatzes generiert, Deshalb ist die Branche starken saisonalen Schwankungen ausgesetzt. Die kurzfristigen Bestellungen verursachen in den meist kleinen Produktionsstätten Lieferengpässe, die durch Überzeitarbeit aufgefangen werden. Um das Verkaufsrisiko zu minimieren, werden möglichst kleine Mengen bestellt. Die Produktion ist dadurch zwar billig, aber nicht effizient. Die nicht entschädigten Überstunden und die tiefen Löhne verdecken daher die wahren Kosten dieser Produktionsweise. Die klein strukturierte Industrie erschwert die Durchsetzung von Sozialstandards.

Das Verhalten der Produzenten:

Die Markenfirmen und die Grossverteiler verfügen dank ihrer Kaufkraft über eine Machtstellung gegenüber den Produzenten. Sie platzieren ihre Aufträge bei jenen Produzenten, der die billigste Offerte vorlegt. Dabei stehen die Produzenten und Lieferanten gegenseitig unter extremem Preiswettbewerb. Berechnen sie beispielsweise die Produktionszeit zu knapp und liefern verspätet, erhalten sie nicht den vollen Preis. Folgende Merkmale sind für die Spielwarenbranche bezeichnend:

- Oft stecken internationale Investoren hinter den Produzenten. Diese sind am schnellen Profit interessiert und kümmern sich nicht um Arbeitsbedingungen.
- Die Spielzeugfabriken benötigen relativ wenig Investitionen (ähnlich wie die Bekleidungsindustrie). Die meist leichten Maschinen lassen sich gut in jedem Gebäude installieren und auch wieder demontieren und verlagern.
- Besonders in ländlichen Gegenden ist die Korruption sehr hoch. Dies ist ein Grund, weshalb das chinesische Arbeitsgesetz systematisch missachtet wird.
- Das Betriebsmanagement ist oft überfordert und kennt weder die effektiven Kosten noch den benötigten Zeitaufwand. In vielen Fabriken gibt es keine zuverlässige Erfassung von Arbeitszeiten und keine Vollkostenrechnung.
- Die hohe Fluktuation der Arbeitskräfte verursacht hohe Rekrutierungskosten. In Südchina besteht teilweise sogar ein Mangel an erfahrenen und ausgebildeten Arbeitskräften.
- Gemäss den Berichten im Jahr 2005 bezahlen acht von neun Firmen keine Beiträge an die Sozialversicherungen. Sieben von neun Fabriken täuschen die Kunden, wenn diese die Einhaltung der vereinbarten ethischen Richtlinien überprüfen (gefälschte Lohnzettel und Zeiterfassungen). Für Falschaussagen gegenüber Kontrolleuren erhalten Beschäftigte in China etwa einen halben Monatslohn.
- Das Gegenstück zu den tiefen Preisen ist oft die schlechte Qualität. Betriebe mit höheren Sozialstandards arbeiten meist effizienter und zuverlässiger.

Die Rolle der Branchenverbände

Die Schweizer Verkäufer von Spielwaren haben oft keinen direkten Bezug zum Produzenten. Weil sie aber die Verantwortung dafür tragen, was in ihren Regalen steht, tragen sie auch die Verantwortung dafür, wie die Artikel produziert werden. So wie jede Bestellung in der Fabrik eine Beschäftigung auslöst, so sollte auch mit jedem Auftrag die Forderung nach sozialen Mindeststandards verbunden sein. Spielzeugfirmen die zu klein sind, um selber für die Einhaltung dieser Arbeitsrechte zu sorgen, sollten sich zusammenschliessen. Dabei könnten die zwei Schweizer Branchenverbände, der Spielwaren-Verband Schweiz SVS und der Verband Schweizer Spielwaren-Detaillisten VSSD, eine wichtige Rolle spielen. Sie könnten einen einheitlichen Standard festlegen und im Auftrag der Firmen konkrete Massnahmen zur Umsetzung dieser Standards ergreifen. Das haben sie bisher nicht getan.

Der SVS empfiehlt seinen Mitgliedern, einen der branchenüblichen Standards wie BSCI oder ICTI anzuwenden, Leider werden dadurch die doppelten Standards in der Branche nicht bereinigt. In der Praxis wird in den kritischen Fragen (z.B. Löhnen, Arbeitszeiten und Organisationsfreiheit) letztlich der jeweils tiefere Standard angewandt. Dieser ist nicht konform mit den Konventionen der ILO. Der VSSD seinerseits kümmert sich gar nicht um diese Arbeitsbedingungen in den Fabriken und beteiligt sich auch nicht am Dialog mit der Spielzeug-Koalition.

Auf internationaler Ebene gibt es einen Zusammenschluss von 22 nationalen Spielwaren-Verbänden, die International Council of Toy Industries (ICTI). Dieser wird stark geprägt vom US-Verband und den zwei grössten Markenfirmen Mattel und Hasbro. Keiner der zwei Schweizer Verbände ist Mitglied im ICTI. Bereits seit einigen Jahren sind die Arbeitsbedingungen auch ein Thema beim ICTI. Dazu hat dieser Verband einerseits einen eigenen Standard geschaffen, den ICTI-Kodex. Andererseits wird ein eigenes Monitoringsystem, der ICTI-Care Process, aufgebaut.

Der ICTI Care Process

Die Vertreter des ICTI haben an zwei Treffen der Schweizer Spielzeug-Koalition ihr System erläutert. Laut Christian Ewert, CEO und Präsident der ICTI Care Foundation sind heute 852 Fabriken mit rund 950'000 Beschäftigten in den Prozess einbezogen. Demnach sind etwa 70 Prozent des weltweiten Grosshandels-Umsatzes auf Spielwaren einbezogen. Was ist von diesem System zu halten?

ICTI-Standards: Es gelten weder die die ILO-Kern-Konventionen noch werden Existenz sichernde Löhne garantiert. Damit unterwandert das ICTI-System international verbindliche Normen, die auch in China gelten. Höchst problematisch ist daran, dass den chinesischen Beschäftigten dadurch demokratische Wahlen ihrer Delegierten und kollektive Verhandlungen vorenthalten werden. Ausserdem beträgt die wöchentliche Maximalarbeitszeit 66 Stunden und kann in Ausnahmefällen auf 72 Stunden erhöht werden. Gemäss der ILO sollte die Arbeitszeit (inkl. Überzeit) 60 Stunden pro Woche nicht überschreiten.

ICTI-Trainings: Der ICTI-Prozess legt den Schwerpunkt auf die sogenannten Sozialaudits (Kontrollen). Weil diese Fabrikinspektionen eine isolierte Massnahme darstellen, die nur eine Momentaufnahme ermöglichen, können sie sehr leicht gefälscht werden. Zudem befürchten die Beschäftigten Sanktionen, falls sie etwas zu

ungunsten des eigenen Arbeitgebers sagen würden. Von den knapp eine Million Beschäftigten, die in Fabriken mit ICTI-Monitoring beschäftigt sind, dürften die wenigsten ihre Rechte kennen. Trainings zum Arbeitsrecht wurden bisher für weniger als 1'000 Personen durchgeführt.

ICTI-Zertifizierung: Binnen Jahresfrist wurden über 400 Betriebe zertifiziert. Dieses überraschende Resultat steht im Widerspruch zu den Erfahrungen der Spielzeug-Koalition. Es muss daher vermutet werden, dass dies einerseits Ausdruck dafür ist, dass der ICTI-Standard sehr tief ist. Andererseits muss angenommen werden, dass auch in diesem Zertifizierungs-Programm eine hohe Quote von Falsch-Deklarationen stecken. Dieses Problem ist bereits gut dokumentiert und wird auch von Unternehmensseite nicht mehr bestritten (siehe den Bericht: «Quick fix», 2005).

In der derzeitigen Form droht das ICTI-System eine Hürde zur Einhaltung sozialer Mindeststandards in den chinesischen Fabriken zu werden. Die künftige Rolle des ICTI Care Processes hängt deshalb stark davon ab, welche Antworten die ICTI Care Foundation auf die folgenden drei Fragen geben wird:

1. Mit welchen Standards wird ICTI künftig arbeiten?
2. Welche konkreten Massnahmen für den Einbezug der Beschäftigten und die Stärkung der Beschäftigten (Trainings) werden ergriffen.
3. Wird der ICTI-Process (Zertifizierungsansatz) dahingehend angepasst, dass die systematische Fälschung der Sozialaudits überwunden wird?

4. Ein Umdenken ist nötig

Wer immer sich dem Problem der schlechten Arbeitsbedingungen in chinesischen Fabriken annehmen wird, setzt sich dem steifen Gegenwind der Globalisierung aus. Dieser bewirkt, dass Preisdumping und Zeitdruck auf dem Weltmarkt letztlich immer auf dem schwächsten Glied in der Produktionskette lasten, den Arbeiterinnen und Arbeitern. Der Spielwaren-Handel hat eine gigantische Marktmacht. Durch die im Vergleich zu den Produktionspreisen hohen Verkaufspreise verfügen Handelsfirmen über eine grosse Kaufkraft im Markt. Die Hauptverantwortung für die schlechten Arbeitsbedingungen liegt deshalb bei den Markenfirmen, dem Handel und dem Detailhandel. Entscheidend für den Erfolg ihrer Massnahmen sind folgende Aspekte, die in den Forderungen der Spielzeug-Koalition bereits früher formuliert worden sind:

1. Mindeststandards: Die explizite Anerkennung der ILO-Kernkonventionen darf unter keinen Umständen fehlen. Diese regeln das Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit, das Diskriminierungsverbot und die Organisationsfreiheit. Diese fundamentalen Arbeitsrechte sind seit dem ILO-Beschluss von 1998 auch für China bindend. Zudem ist Existenz sichernder Lohn ein Menschenrecht und muss für jeden vollen Arbeitstag bezahlt werden. Als Vorbild sollte sich die Branche am Jo-In-Kodex orientieren (siehe unter: www.jo-in.org).

2. Massnahmen: Die Erfahrungen in anderen Branchen zeigen (beispielsweise die Impact Studie von Ethical Trade Initiative, ETI, siehe unter: www.ethicaltrade.org), dass den Trainings oberste Priorität eingeräumt werden sollte. Ein direkter Einbezug der Belegschaft durch Trainings (Sicherheit, Arbeitsrecht, Kollektivverhandlungen) sollte stets der erste Schritt sein. Es ist unverständlich, warum Millionen von Franken

in Sozialaudits gesteckt werden, obwohl längst bekannt ist, dass dort systematisch betrogen wird. Effektiver wäre die Zusammenarbeit mit lokalen Organisationen

3. Transparenz: Die Konsumierenden haben ein Anrecht darauf, woher ihre Waren kommen. Damit ein fairer Wettbewerb überhaupt spielen kann, muss die Transparenz noch stark verbessert werden. Unternehmen, die die Probleme ernst nehmen, haben etwas zu berichten und sind deshalb auch bereit, Einblick in ihre Beschaffungskette zu gewähren.

4. Kooperation: Um die grosse Herausforderung China zu meistern, müssen alle am selben Strick ziehen. Das heisst, dass die Unternehmen sich mit lokalen Organisationen zusammenarbeiten sollten. Dabei ist es ebenso wichtig, dass die Geschäftspartner untereinander gut kooperieren. Wo eine faire Geschäftsbeziehung besteht, sind die Lieferanten bereit, Angaben zur Produktionskette aufzudecken. Wo jedoch reiner Preiswettbewerb herrscht, findet diese Kooperation nicht statt. Der Erfolg aller CSR-Massnahmen hängt daher auch davon ab, ob das Unternehmen seine Beschaffungspraxis so gestaltet, dass die Vorgaben bei den Sozialstandards auch von den Lieferanten eingehalten werden können oder nicht.

Vorgehen bei der Umfrage 2006

Zu diesen vier Kriterien erhielten die Spielwaren-Firmen die Möglichkeit, ihre Anstrengungen zu dokumentieren. Wie in den Gesprächen Anfang Jahr angekündigt wurde, hat die Spielzeug-Koalition im Sommer 2006 den wichtigsten Marktteilnehmern einen Fragebogen geschickt. Damit wurde erhoben, welche Standards bei einem Unternehmen gelten und welche Massnahmen in der Umsetzung angewandt werden. Zudem wurden Angaben zur Beschaffungsstruktur und über die Lieferanten verlangt. Die Firmen konnten zudem mit Kopien ihrer Arbeitsunterlagen ihre konkreten Massnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen dokumentieren.

Bei der Auswahl der Firmen beschränkte sich die Spielzeug-Koalition auf die grössten 10 Handelsfirmen und auf die wichtigsten 5 Anbieter im Detailhandel. Die Überlegung dahinter besteht darin, dass die grössten Anbieter auch die grösste Verantwortung übernehmen sollten. Es gibt Duzende weiterer Importeure, die vor denselben Problemen stehen, die aber nicht erfasst werden konnten. Die bewerteten Firmen zusammen decken aber sowohl beim Detailhandel als auch bei den Importeuren mehr als 50% des Schweizer Marktes ab. Von Vertretern der Unternehmen wurde stark kritisiert, dass die grossen Anbieter im Elektronik-Bereich wie Sony, Microsoft, Carrefour oder Mediamarkt nicht mit einbezogen wurden. Da der Anteil dieser Elektronik-Spielwaren aus Ostasien besonders hoch liegt, stellt dies eine gewisse Schwäche dieser Studie dar.

Die Kriterien zur Auswertung sind im Anhang zu finden. Bei den Standards wurde der Jo-In-Code (www.jo-in.org) als Massstab genommen. Es wurde darauf verzichtet, die Umweltfrage auszuwerten, weil hier zu wenige Rückmeldungen eingingen. Doch unabhängig vom Umweltmanagement muss jeder Firmenkodex (jeder Standard) mindestens die Sicherheit am Arbeitsplatz gewährleisten. Bei Punkt 2. (Massnahmen) wurde auf die direkte Kooperation mit den Beschäftigten in Form von Trainings geachtet. Trainings stellen eine Massnahme dar, die eine Voraussetzung für effektive Kodexumsetzung ist.

Zur Frage zu den Massnahmen bei der Beschaffungspraxis gingen keine Antworten ein. Deshalb konnte nicht bewertet werden, ob die Beschaffungspraxis der Unternehmen im Einklang mit dem Firmenkodex steht oder nicht. Der Punkt 3, die Transparenz, betrifft die Angaben über den Umsatz und die Beschaffungsstruktur. Bei der Kooperation (Punkt 4) wurde darauf geachtet, ob das Unternehmen bereit war zum Dialog mit der Spielzeug-Koalition und welche Aussagekraft die Rückmeldungen zum Fragebogen hatten. Bei der Auswertung wurden soweit möglich zusätzlich zum Fragebogen weitere öffentlich zugängliche Dokumente (vor allem übers Internet) verwendet.

3. Resultate der Umfrage 2006

Der Rücklauf zur Umfrage 2006 war sehr erfreulich. 15 Firmen haben reagiert und 13 davon haben Auskunft gegeben. Nur zu zwei Firmen (Toys R Us und Sombo) lagen letztlich inhaltlich keine Antworten vor. Leider wurden jedoch sehr wenig ergänzende Unterlagen eingereicht.

Auswertung zur Umfrage in der Spielzeug-Branche 2006

Bewertung			Detailhandel	Handelsfirmen	Werte
Übersicht			1. Migros (6) 2. Coop (5) 3. Manor (4) 4. FCW (2) 5. ToysRus (0)	1. Lego (4) 2. Carletto, Hasbro, Waldmeier(3) 3. Constri, Carlit & Ravensburger, Playmobil, PCT (2) 4. Mattel, Simba/Dickie, (1) 5. Sombo (0)	
Standard	gut	0			2
	befriedigend	3	Coop, Manor, Migros		1
	schlecht	13	FCW, ToysRus	Carletto, Carlit & Ravensburger, Constri, Hasbro, Lego, Mattel, Playmobil, Simba/Dickie, Sombo, Waldmeier, PCT	0
Massnahmen	gut	0			2
	befriedigend	4	Migros	Hasbro, Lego, Playmobil	1
	schlecht	12	Coop, FCW, Manor, ToysRus	Carletto, Carlit & Ravensburger, Constri, PCT, Simba/Dickie, Mattel, Sombo, Waldmeier	0
Transparenz	gut	8	Coop, Manor, Migros, FCW	Carletto, Waldmeier, Constri, PCT	2
	befriedigend	5		Carlit & Ravensburger, Hasbro, Lego, Playmobil, Simba/Dickie,	1
	schlecht	3	ToysRus	Mattel, Sombo	0
Kooperation	gut	3	Coop, Migros	Lego	2
	befriedigend	6	Manor	Carletto, Carlit & Ravensburger, Hasbro, Mattel, Waldmeier	1
	schlecht	7	FCW, ToysRus	Playmobil, Sombo, Constri, Simba/Dickie, PCT	0
Total	Durchschnitt	2.5	3.4	2.1	Max. = 8

Die Auswertung gibt eine Antwort auf die Frage, wie sich die Firmen gegenüber der Herausforderung der schlechten Arbeitsbedingungen in den Fabriken verhalten. Von den maximal 8 Punkten wurden höchstens 6 (befriedigend) erzielt. Die Bewertung lässt jedoch keine direkte Aussage über die Arbeitsbedingungen in den Fabriken zu.

4. Interpretation der Resultate

Es gibt noch nicht viel zu berichten über die Anstrengungen der Schweizer Spielzeug-Branche zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Spielwarenfabriken. Es hat sich aber gezeigt, dass Bewegung in die Debatte gekommen ist.

Positiv:

- Das Bewusstsein für die schlechten Arbeitsbedingungen ist gewachsen.
- Die Kooperations- und die Gesprächsbereitschaft wurden verbessert.
- Es haben alle Firmen auf die Anfrage reagiert, nur 2 gaben keine Auskunft.
- Es wurden Anstrengungen zu mehr Transparenz unternommen.
- Die Kooperation der Firmen mit der Spielzeug-Koalition wurde verbessert.
- Die drei Marktführer arbeiten immerhin mit einem befriedigenden Kodex.

Problematisch:

- Die Massnahmen zur Umsetzung der sozialen Verhaltensregeln sind sehr bescheiden – selbst die führenden Unternehmen stehen erst ganz am Anfang.
- Zur Frage nach den Massnahmen in der Beschaffungspraxis ging keine Rückmeldung ein. Der Widerspruch zwischen den sozialen Anforderungen und den kommerziellen Zielen wird noch von keinem Unternehmen geklärt.
- Die ILO-Kernkonventionen und der Existenz sichernde Lohn werden nur von einem kleinen Teil der Marktteilnehmer explizit anerkannt und umgesetzt.
- Es gibt auch kein Unternehmen, das bisher der Forderung nach Trainings zum Thema Kollektivverhandlungen nachgekommen ist.
- Toys R Us und Sombo haben gar nichts zu berichten und beteiligten sich nicht am Dialog mit der Spielzeug-Koalition.

Standards

Es wurde kein Unternehmen erfasst, das alle Forderungen der Koalition erfüllt. Für die Spielzeug-Koalition stellt der BSCI-Kodex ein Minimum dar, weil dort immerhin alle ILO-Kernkonventionen und der Existenz sichernde Lohn anerkannt werden. Die drei Marktführer Migros, Manor und Coop orientieren sich an einem Standard mit BSCI-Niveau, was mit „befriedigend“ beurteilt werden kann. Beispielsweise wird darin aber nicht explizit ein Arbeitsvertrag verlangt. Dies wäre aber eine wichtige Forderung der unzähligen Wanderarbeiter. Trotzdem begrüsst die Spielzeug-Koalition dies als ersten Schritt und motiviert die Unternehmen im Detailhandel, den eingeschlagenen Weg konsequent fortzusetzen.

Alle anderen Spielwarenfirmer setzen bei ihrem Einkauf einen ungenügenden Sozialkodex ein. Die Handels- und Markenfirmen orientieren sich meist am ICTI-Kodex, der eine völlig ungenügende Messlatte vorgibt.

Massnahmen

Von allen Unternehmen unbefriedigend beantwortet wurden die Fragen zur Einkaufspolitik, zu den Beschwerdemöglichkeiten für die Beschäftigten sowie zu den Trainings über kollektive Verhandlungen der Sozialpartner. In diesen Bereich haben die Schweizer Firmen bisher noch gar kein Engagement ergriffen und dokumentiert.

Erste Erfahrungen gesammelt mit Trainings haben erst Hasbro, Lego, die Migros und Playmobil. Ausserdem haben einige Handelsfirmen auf das Trainingsprogramm des ICTI-Care Prozesses hingewiesen. Dass die dokumentierten Massnahmen der übrigen Firmen als ungenügend bewertet wurden zeigt, dass diese noch nicht mit lokalen Arbeitsrechtsorganisationen zusammenarbeiten. In der Umsetzung der Standards und bei den Korrekturmassnahmen erwartet aber die Spielzeug-Koalition den Einbezug der Betroffenen und den Organisationen ihres Vertrauens.

Transparenz

Auf der Seite der Markenfirmen und der Spielzeughändler haben sieben Unternehmen den Fragebogen vollständig ausgefüllt. Einzig von Sombo und Toys R Us liegen keine aussagekräftigen Informationen oder Unterlagen vor. Obwohl sich auch Playmobil geweigert hat, den Fragebogen auszufüllen, liegen hier befriedigende Informationen vor. Playmobil hat den Vorteil, dass das Unternehmen in eigenen Betrieben in der EU (in Deutschland, Malta, Spanien und Tschechien) produziert.

Mattel hat den Fragebogen zwar ausgefüllt, liess dabei jedoch viele Fragen offen, weshalb die Bewertung negativ ausfällt. Es gilt dabei jedoch zu berücksichtigen, dass Mattel in ihrer Antwort über ihr eigenes Monitoringsystem berichtet hat. Dieses wird von einem universitätsnahen Institut in New York überprüft (ICCA, siehe unter: www.ICCA-corporateaccountability.org). Dort werden anonymisierte Berichte zu den Kontrollen und einzelnen Korrekturmassnahmen veröffentlicht. Diese Bemühungen und die Bereitschaft zum Dialog werden von der Spielzeug-Koalition anerkannt, obwohl gemäss den Kriterien für Mattel eine negative Bewertung resultiert.

Acht Unternehmen haben über ihre Beschaffungsstruktur, die Produktionsstandorte und die Umsatzzahlen informiert (Carletto, Constri, Coop, Franz Carl Weber, Manor, Migros und PCT). Diese Bereitschaft zu besserer Transparenz wird von der Spielzeug-Koalition anerkannt und positiv gewürdigt.

Kooperation

Eine gute Kooperation zwischen der Spielzeug-Koalition und den Firmen besteht mit Coop, Lego und Migros. In bescheidenerem Ausmass waren auch Manor und etliche Spielwaren-Händler zu einer Kooperation bereit. An den Gesprächen Ende Oktober 2006 teilgenommen haben neben dem ICTI, dem ICTI-Care Process und dem SVS folgende Firmen: Carletto, Constri, Coop, Franz Carl Weber, Globus, Hasbro, Lego, Manor, Mattel, Migros, PCT Marketing und Waldmeier.

Die Kooperationsbereitschaft bei Franz Carl Weber ist begrenzt. Sie geben immer wieder vor, dass sie als Importeur keinen Einfluss auf die Arbeitsbedingungen hätten. Kleinere Firmen folgen ebenfalls dieser Argumentation. Diese Firmen stellen sich aus der Verantwortung und überlassen die Aufgaben ihren Geschäftspartnern.

Am Ende der Skala stehen die Firmen Sombo und Toys R Us. Trotz wiederholten Mahnungen und telefonischen Kontakten waren sie nicht bereit oder nicht in der Lage, auf die Fragen zu antworten. Besonders skandalös ist das Verhalten von Sombo und Toys R Us, weil sie in ihrem Sortiment einen hohen Anteil an Spielwaren aus Fernostasien führen.

5. Schlussfolgerung

Einen befriedigenden Eindruck hinterliessen die vom Detailhandel (Migros, Coop und Manor) ergriffenen Massnahmen. Die Spielzeug-Koalition begrüsst diese ersten Schritte und motiviert die Unternehmen, den eingeschlagenen Weg konsequent fortzusetzen. Globus wurde erst nachträglich in die Liste aufgenommen und hat kommuniziert, auch dem von der Migros eingeschlagenen Weg zu folgen. Das bedeutet auch, dass die Bemühungen bei Globus erst ganz am Anfang stehen.

Am Ende der Skala stehen der Detailhandelsverband VSSD und die Firma Toys R Us. Trotz wiederholten Mahnungen und telefonischen Kontakten waren sie nicht in der Lage, auf die Fragen zu antworten. Der VSSD dokumentiert damit, dass dieser Verband sich überhaupt nicht um die schlechten Arbeitsbedingungen in den Fabriken kümmert. Wirklich skandalös ist das Verhalten von Toys R Us, die in ihrem Sortiment einen hohen Anteil an Spielwaren aus Fernostasien führen.

Auf der Seite der Markenfirmen und der Spielzeughändler haben sieben Unternehmen den Fragebogen vollständig ausgefüllt. Von Mattel liegt eine ausführliche Dokumentation vor. Einzig von Sombo liegen keine aussagekräftigen Unterlagen vor. Obwohl sich auch Playmobil geweigert hat, den Fragebogen auszufüllen, liegen hier befriedigende Informationen vor. Playmobil hat den Vorteil, dass das Unternehmen ausschliesslich in eigenen Betrieben in der EU produziert.

Von allen Unternehmen unbefriedigend beantwortet wurden die Fragen zur Einkaufspolitik, zu den Beschwerdemöglichkeiten für die Beschäftigten sowie zu den Trainings über kollektive Verhandlungen der Sozialpartner.

Die Schweizer Spielwarenbranche hat sich aber mehrheitlich dem Problem der schlechten Arbeitsbedingungen in den Fabriken angenommen. Während im Detailhandel bereits erste konkrete Schritte unternommen wurden, herrscht unter den Markenfirmen und im Handel noch Unklarheit über die zu ergreifenden Massnahmen.

Besorgniserregend ist für die Spielzeug-Koalition, dass bei den Unternehmen den Sozialaudits und der Zertifizierung höchste Priorität zukommt. Es macht wenig Sinn, die Beschäftigten mit Checklisten über ihre Arbeitsbedingungen zu befragen, wenn diese ihre Rechte nicht kennen. Das Resultat der sozialen Bemühungen der Firmen sollte letztlich nicht ein Blankoscheck für die Produzenten, sondern ein gemeinsam ausgehandelter Vertrag sein. Dies ist sogar nach chinesischem Recht möglich.

6. Empfehlungen an die Spielwarenbranche

- Bei einer Auswahl von Produzenten in China sollte ein Trainingsprogramm für die gesamte Belegschaft angeboten werden, wie dies von Gewerkschaften und chinesischen Arbeitsrechtsorganisationen seit Jahren gefordert wird. Dazu gehören Bildungsmodule zu den Themen Arbeitsorganisation, Sicherheit am Arbeitsplatz, Arbeitsrecht und kollektive Verhandlungen (siehe Vorschlag).
- Um einen in die Zukunft weisenden Sozialstandard zu haben, sollten sich alle Unternehmen am Jo-In-Kodex (www.jo-in.org) orientierte Verhaltensregeln geben, welche die acht Kernkonventionen und den Existenz sichernden Lohn zu regulären Arbeitszeiten anerkennt und einfordert. Zudem sollte jeder Akteur öffentlich die Forderung an den ICTI richten, den ICTI-Standard zu verbessern und das ICTI-Zertifizierungsprogramm bis dahin auszusetzen.

Annex: Bewertungskriterien zur Erhebung 2006

1. **Sozialstandard:** Werden alle sozialen Mindeststandards anerkannt und umgesetzt, die von der Spielzeug-Koalition erwartet werden? Demnach sollen die 8 ILO-Kernkonventionen so wie der Existenz sichernde Lohn bei regulären Arbeitszeiten garantiert werden (siehe Forderungen der Spielzeug-Koalition).

<u>Gut</u>	Der Sozialstandard entspricht dem Jo-In-Code (= Forderung der Spielzeug-Koalition seit Frühling 2006)
<u>Befriedigend</u>	Der Sozialstandard entspricht mindestens dem BSCI-Kodex und von den Firmen werden der Bedürfnislohn und die acht ILO-Kernkonvention explizit erwähnt und anerkannt.
<u>Schlecht</u> oder keine Antwort	Einschränkung der Organisationsfreiheit gemäss chinesischem Recht. Der ICTI-Kodex anerkennt nicht einmal das chinesische Arbeitsrecht vollständig (Einschränkungen werden gemacht) bezüglich den Arbeitszeiten und der Entlöhnung). Falls weder in der Antwort auf die Umfrage noch auf der Homepage ein Kodex zu finden ist, wird dies ebenfalls negativ bewertet.

2. **Massnahmen:** Werden die Standards den Beschäftigten kommuniziert und deren Umsetzung durch Trainings für die Beschäftigten gefördert? Ohne diese konkreten Massnahmen sind Kontrollen in den Fabriken (Sozialaudits) wirkungslos und teilweise sogar kontraproduktiv.

<u>Gut</u>	Delegierte der Belegschaft (Arbeiterkomitees; demokratische gewählte Betriebsräte) werden befähigt, kollektiv mit dem Management zu verhandeln, um Gesamtarbeitsverträge (nach chinesischem Recht «Collective Contracts») abzuschliessen. Zudem Schulungen zur Arbeitssicherheit und zum Arbeitsrecht.
<u>Befriedigend</u>	Schulungen zur Arbeitssicherheit und zum Arbeitsrecht werden dokumentiert (für das Management und für die Belegschaft).
<u>Schlecht</u> oder keine Antwort	Es fand bisher keine direkte Zusammenarbeit mit lokalen Stakeholdern statt. Falls weder in der Antwort auf die Umfrage noch auf der Homepage ein Kodex zu finden ist, wird dies ebenfalls negativ bewertet.

3. **Transparenz:** War die Firma bereit, eine aufschlussreiche und kohärente Antwort über die Herkunft der von ihr gehandelten Spielwaren zu geben?

<u>Gut</u>	Die Firma hat auf den Fragebogen geantwortet und auf alle drei Fragen hinsichtlich a) Produktionsstandorten (Liste) und Beschaffungskanälen; b) Zusammenarbeit mit bekannten Markenfirmen; c) Angaben zum Umsatz eine aufschlussreiche und kohärente Antwort gegeben.
<u>Befriedigend</u>	Die Firma hat auf den Fragebogen geantwortet und auf zwei von den drei Fragen a) bis c) eine aufschlussreiche und kohärente Antwort gegeben.
<u>Schlecht</u>	Die Firma hat entweder gar nicht auf den Fragebogen geantwortet oder höchstens eine von den drei Fragen a) bis c) in befriedigender Weise beantwortet.

4. **Kooperation:** War die Firma bereit, sich auf den Dialog mit der Spielzeug-Koalition einzulassen? Hat sich das Unternehmen dabei kooperativ verhalten?

<u>Gut</u>	Mindestens 6 Pluspunkte
<u>Befriedigend</u>	Mindestens 4 Pluspunkte

Schlecht Weniger als 4 Pluspunkte

Mögliche Pluspunkte

- Die Firma hat im Jahre 2005 oder nach der Veröffentlichung der Berichte über schlechte Arbeitsbedingungen in Chinas Spielzeugfabriken am 6. Dezember 2005 von sich aus Kontakt mit der Spielzeug-Koalition aufgenommen.
- Die Firma hat den Fragebogen mindestens teilweise ausgefüllt.
- Die Firma hat schriftlich reagiert (mindestens Empfangsbestätigung).
- Es liegen ausreichend Informationen vor, um die bisherigen Massnahmen der Firma zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen einzuschätzen.
- Es wurden zusätzlich zum beantworteten Fragebogen Unterlagen eingereicht.
- Die Firma hat sich im Fall Disney für die Lösung der Probleme eingesetzt.
- Die Firma hat sich beim ICTI für die Verbesserung der Standards eingesetzt.
- Die Firma hat den Beschäftigten eine Beschwerdestelle bekannt gegeben.

Mögliche Minuspunkte:

- Die Probleme wegen schlechten Arbeitsbedingungen wurden bestritten.
- Die Verantwortung für die Arbeitsbedingungen wird negiert.
- Die Firma findet, keinen Einfluss auf die Arbeitsbedingungen zu haben.